

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage
Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag von Friedrich May G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 445

Erstausgabe: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag.
Bezugspreis: für die Zeit eines halben Monats: frei ins Haus halbmöndlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 15 Pfg. — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsverleger und die Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postfach-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. **Gemeindeverbandsgirokassa Bischofswerda Konto Nr. 64.**
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenspreis (in Goldmark): Die 43 mm breite einseitige Grundzeile 25 Pfg., örtliche Anzeigen 20 Pfg., die 30 mm breite Reklamezeile (im Textteil) 70 Pfg. Zahlung in Papiermark zum amtlichen Weiskurs vom Zahlungstag, jedoch nicht niedriger als zum Kurs vom Tage der Rechnung. — Rabatt nach Tarif, für Sammelanzeigen tarifm. Ausschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 120

Donnerstag, den 27. Mai 1926.

81. Jahrgang

Tageschau.

* Dr. Stresemann wohnte am Dienstag abend einer Kundgebung der in Berlin weilenden Saarbrücker Sänger bei, wobei er eine Ansprache hielt. Am Mittwoch vormittag wurden die Saardeutschen vom Reichspräsidenten empfangen.

* Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat sich nach London begeben, um mit dem Gouverneur der Bank von England, Montague Norman, eine wichtige Besprechung abzuhalten.

* Das Redaktionskomitee der Abrüstungskommission hat sich auf ein Kompromiß über Artikel 16 der Völkerbundsakte geeinigt.

Am Mittwoch ist ein deutsches Flugzeug von Berlin nach Paris und ein französisches Flugzeug von Paris nach Berlin geflogen. Damit ist die Fluglinie Paris—Berlin dem Verkehr übergeben worden.

* Der französische Ministerrat hat das Friedensgesuch Abd el Krim abgelehnt.

Der tschechoslowakische Eisenbahnminister kündigte vor dem Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses die Erhöhung der Personentaxi der Eisenbahn um 22 Proz. an.

Die provisorische polnische Regierung verlangt für den zu wählenden Staatspräsidenten, entgegen der Verfassung, wichtige Sondervollmachten.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Der unmögliche Dawesplan.

Der erste September rückt langsam näher und mit ihm der Beginn des sehr gefährlichen dritten Reparationsjahres nach dem Dawesplan. Eine Reise des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, die ihn in London mit dem Gouverneur der Bank von England und dem Reparationsagenten Parker Gilbert zusammenreffen lassen wird, soll nach offiziellen Verlautbarungen nicht den Sinn haben, daß aus ihrem Anlaß die ganze Frage der Dawes-Reparationen im Sinne einer Revision aufgeworfen wird. Daß eine solche Aufrollung sich auf die Dauer nicht wird vermeiden lassen, daß zeigen immer mehr die wirtschaftlichen Zustände im deutschen Vaterlande, die durchaus nicht die Voraussetzungen erfüllen, die der Dawes-Plan selbst in die sogenannte Atempause der ersten zwei Reparationsjahre gesetzt hatte. Das zeigen aber auch die sich mehrenden Stimmen in der Presse des Auslandes, und zwar nicht nur der amerikanischen, sondern auch der englischen, die schon jetzt von der wahren Unmöglichkeit sprechen, den sehr klug ausgedachten, aber der Praxis nicht gewachsenen und zudem durch einen ausgedehnten Kontrollapparat übermäßig belasteten Dawesplan tatsächlich zur Durchführung zu bringen.

New York, 25. Mai. „Journal of Commerce“, dessen Chefredakteur zur Zeit in Berlin weilt, bringt einen aufsehenerregenden Artikel mit der Überschrift: „Wie Europa heute den Dawesplan sieht. Die Zeit kommt, ihn abzuändern oder aufzuheben.“ Der Artikel bezeugt, daß die Daweszahlungen weiterhin noch möglich wären. Das Schlimmste wäre aber, daß der Plan niemals aufgeführt gewesen sei, wie die Verhältnisse jetzt beweisen. Der Plan wäre lediglich eine Notbehelf, um von der unhaltbaren Lage zwischen Deutschland und Frankreich loszukommen. Daher wurde die kostspielige Maschinerie des Dawesplanes errichtet und eine lange Liste von Sachverständigen und Pseudosachverständigen aufgestellt, die in das behagliche Berliner Nest gesetzt wurden. Jetzt sei die Zeit gekommen, um die gegenwärtige Farce zu beenden und erneut zu beginnen. Deutschland befinde sich augenblicklich in einem kritischen Stadium des Fortschritts auf dem Wege zu normalen Verhältnissen. Das zeige die hohe Arbeitslosigkeit. Deutschlands Führer antworteten, wenn man sie nach dem Dawesplan frage, „wir müssen um Deutschlands willen weiter an den Dawesplan glauben, bis er geändert wird.“ Die Politik der deutschen Führer sei also, kurz gesagt, die, amtlich an den Dawesplan zu glauben, während man in privaten Gesprächen gebe, daß der Plan keinerlei Erfolg habe, ausgenommen einen solchen psychologischen Natur. Englische Geschäftsleute betrachteten den Dawesplan sehr skeptisch und ständen ihm vom finanziellen und vom wirtschaftlichen Standpunkt aus kritisch gegenüber. Einer der bekanntesten englischen Bankiers hat erklärt, die amtlichen Berichte der Dawesbeamten genügen, um die Unmöglichkeit und Undurchführbarkeit des Planes in seiner jetzigen Form darzulegen. Eine weitere Erfüllung sei nur auf Kosten endgültiger Vernichtung der deutschen Wirtschaft

möglich. Zusammenfassend heißt es dann in dem Artikel: Im Hinblick auf den Dawesplan und seine Erfolge stimmen alle darin überein, daß die Zeit einer Revision und einer Änderung des Zahlungsmodus gekommen sei.

Dr. Stresemann an die Saarwehr.

Berlin, 26. Mai. (Drahtb.) Am Dienstag abend fand im Berliner Clou eine Kundgebung der Saarwehr statt, an der Vertreter der Regierung und des Magistrats der Stadt Berlin teilnahmen. Auch Reichsaußenminister Dr. Stresemann sprach. Er versicherte, daß es ihm eine besondere Freude sei, den Saarländern den Gruß des Reiches und der preussischen Regierung zu überbringen. Er spreche hier nicht als Reichsaußenminister, denn das Saarland sei nicht Ausland, es sei deutsches Gebiet. Sooft er in Saarbrücken gewesen sei, habe er empfunden, daß hier die Idee der Volksgemeinschaft am schönsten verwirklicht sei. An diesem festen Zusammenhalten müßten sich jene die Zähne ausbeißen, die glaubten, die Bevölkerung dieses Landes dem Deutschen Reich entfremden zu können. Mit aller Entschiedenheit wendet sich dann Dr. Stresemann gegen die Ausstreunungen über die Politik des Reiches in der Saarfrage. Man habe ihm vorgeworfen, er wolle durch Abtretung von deutschen Gemeinden geringfügige Vergünstigungen von Feinden erkaufen. Es sei selbstverständlich, daß die Politik der Reichsregierung darauf eingestellt sei, für die Zeit, wo noch fremde Besatzung in den Gebieten am Rhein sei, zu erstreben, daß die Besatzungsstärke verringert werde. Die Regierung werde nicht raffen, bis die Stunde der Wiedervereinigung gekommen sei. Dr. Stresemann schloß mit dem Ausruf: „Deutsch die Saar, immerdar!“

Am heutigen Vormittag um 10.45 Uhr werden die Mitglieder des Männergesangsvereins Saarbrücken vom Reichspräsidenten von Hindenburg in seinem Palais empfangen werden.

Ein Kompromiß in Genf.

Auf der Genfer Konferenz hat die außenpolitische Lage eine Wendung genommen, die nicht als günstig für Deutschland angesehen werden kann. Der Vorschlag, den der Franzose Paul Boncour im Redaktionskomitee der Abrüstungskonferenz gemacht hat, um heimlich und auf Schleichwegen seinen Lieblingsplan, das berühmte Genfer Protokoll, wieder zum Leben zu erwecken, ist zwar durch den starken Widerstand, den ihm Lord Cecil als der Vertreter Englands entgegensetzte, zunächst in der Beratung verschwunden. Dafür aber hat England sich zu einem Kompromiß bereit finden müssen, wonach die Anregung auf Verschärfung des Artikels 16 der Völkerbundscharta dem Völkerbundsrat zur Behandlung überwiegen wird. Leider hat sich der deutsche Vertreter Graf Bernstorff veranlaßt gefühlt, diesem Kompromiß seine Zustimmung in einer ausdrücklichen Erklärung zu erteilen. Das ist gefährlich, da damit die Möglichkeit gegeben ist, daß der Rat diese Angelegenheit abschließend behandelt, ehe der von der deutschen Regierung nach wie vor angebotene Eintritt in den Völkerbund vollzogen ist. Deutschland kann sich aber natürlich nicht mit einer neuen und verschärften Auslegung des Artikels 16 einlassen, mindestens nicht, ohne daß von allen beteiligten Seiten festgestellt wird, daß der dem Protokoll von Locarno angefügte bekannte Brief über die Anwendbarkeit dieses Artikels auf Deutschland vollkommen aufrechterhalten wird und zudem eine präzisere Interpretation erföhre, als der sehr unbestimmte Wortlaut bisher erlaubt.

Abd el Krim's Friedensgesuch.

Ablehnung im französischen Ministerrat.

Berlin, 26. Mai. Die Pariser Presse bestätigt die Nachrichten aus Marokko, wonach sich Abd el Krim den Franzosen ergeben will. Am Quai d'Orsay soll bereits der Text des Handschreibens Abd el Krim an den Generalresidenten Steeg eingetroffen sein. Man erwartet, daß die Feindseligkeiten daraufhin bereits in den nächsten Tagen eingestellt werden. Der französische Ministerrat hat in seiner heutigen Sitzung beschloffen, auf den von Abd el Krim in seinem Brief an den Generalresidenten gemachten Vorschlag nicht einzugehen, da der Brief keine Garantie enthalte und nicht genügend präzisiert sei. Der Gang der militärischen Operationen könne nicht geändert werden.

Paris, 26. Mai. Der Vertreter des Außenministeriums bei den Friedensverhandlungen in Udscha, Ministerialdirektor Boucet, wies vor Pressevertretern darauf hin, daß nach der dreimaligen Ablehnung Abd el Krim's, den Friedensweg

zu beschreiten, die jetzige Demarche Abd el Krim's nur dann Sinn haben soll, wenn er die Bedingungen von Udscha annehme, sich unterwerfe und das Rifgebiet verlasse. Er habe sein Spiel verloren. Die Kämpfe im Rifgebiet haben jetzt nur noch den Charakter einer Polizeiaktion.

Abd el Krim soll in Frankreich interniert werden.

Paris, 26. Mai. (Drahtb.) General Simon, der Leiter der Konferenz von Udscha erklärte in einem Interwiew mit dem Soir, es frage sich sehr, ob die französische Regierung auf die Vorschläge des Rifführers Abd el Krim überhaupt eine Antwort erteilen werde. Falls der Ministerrat sich dafür entschließt, dürfte Abd el Krim aufgefordert werden, bei den französischen Vorposten sich einzufinden, wo er unter sicherer Bedeckung in das französische Hauptquartier gebracht werde. Die französische Regierung hält in der Tat die Gefangensetzung des Rifführers für unumgänglich notwendig, erklärt sich aber bereit, Abd el Krim eine Stätte in Frankreich anzuweisen.

Wie der Sonderberichterstatter des Matin aus Fez mitteilt, hat Parent in einer mehrstündigen Unterredung mit Steeg dem Generalresidenten auf Grund seiner eigenen Beobachtungen die Gründe für das plötzliche Nachgeben Abd el Krim's auseinandergesetzt. Danach ist für Abd el Krim insbesondere die Uneinigkeit im Rifgebiet entscheidend gewesen. Mit der Weigerung der West-Mehallas, den Krieg an der Seite Abd el Krim's fortzusetzen, war die Lage des Emirs hoffnungslos geworden. Dazu kam, daß sich Abd el Krim in dem Gebiet von Snada, wohin er sich nach der Räumung von Targist geflüchtet hatte, nicht mehr sicher fühlte.

Während einige Morgenblätter der Befürchtung Ausdruck geben, daß Abd el Krim sich auch jetzt noch nicht für vollkommen besieg erklärt werde und durch Verhandlungen das wenige retten wolle, was nach seiner Ansicht noch zu retten sei, erzählt der Matinvertreter, daß die Lage seit Udscha sich vollkommen verändert habe. Abd el Krim existiere nicht mehr. Ein Abbruch der Feindseligkeiten läme nur in Frage, wenn die Riffahnen sich vollständig unterwürfen und Abd el Krim sich persönlich den französischen und spanischen Generalen stelle. Im Einvernehmen mit der spanischen Regierung werde man den einzelnen Stämmen ohne Androhung von Repressalien verständlich machen, daß es in ihrem eigenen Interesse liege, mit den Franzosen im Frieden zu leben. Abd el Krim könne auf die „traditionelle Gastfreundschaft“ (!) rechnen.

Einer der ehemaligen Sekretäre Abd el Krim's hat sich nach Fez geflüchtet. Wie er erzählt, trifft Abd el Krim gegenwärtig außergewöhnliche Maßnahmen zum Schutze seiner Person. Nur die engsten Familienangehörigen haben Zutritt zum Emir. Abd el Krim befürchtet ein Attentat. Nach Informationen, die aus englischer Quelle stammen, soll Abd el Krim die Absicht haben, sich in die neutrale Zone von Tanger zu flüchten, um zu vermeiden, daß er Gefangener der französischen oder spanischen Behörden wird.

Neues aus aller Welt.

— Ermordung des früheren Gouverneurs der Ukraine. Aus Paris wird gemeldet: Der frühere Gouverneur der Ukraine, Petljura, Direktor der in Paris erscheinenden Zeitschrift „Le Trident“, ist Dienstag nachmittag von einem seiner Landsleute namens Schwarzbarth erschossen worden, angeblich, weil Petljura eine große Anzahl Israeliten in der Ukraine unterdrückt habe.

— Prof. Holl gestorben. Nach einer Meldung der „Deutschen Tageszeitung“ ist am ersten Feiertage der Kirchenhistoriker an der Berliner Universität Prof. Karl Holl im 61. Lebensjahre gestorben.

— Ein weiteres Todesopfer der Habslocher Katastrophe. Nach einer Blättermeldung ist der bei dem Explosionsunglück in Habsloch verletzte Wertmeister Wilhelm gestorben, so daß die Zahl der Todesopfer nunmehr 10 beträgt.

— Trauriges Ende einer Kahnfahrt. Ein junges Ehepaar machte am Pfingstsonntag eine Kahnfahrt auf den Kanälen in der Umgebung Udscha's. An der Schleuse kam der Kahn zu dicht an diese heran, so daß beim Hochgehen des Schleusenschlusses die Wassermassen sich in den Kahn ergossen und ihn in die Tiefe rissen. Das erst seit zwei Wochen verheiratete Ehepaar ertrank.